Geplatzte Seifenblase

Der ökologische Ernstfall verlangt eine Neujustierung der persönlichen Freiheiten

Von Niko Paech

as sich derzeit abspielt, entspricht jener lebensbedrohli-chen Eskalation, die alle aufgeklärten Kräfte seit Jahrzehn-ten verhindern wollten: Der Klimawandel, die Flut an Plastik- und Elektroabfällen, das Insekten-, Singvogel-und sonstige Artensterben, die Natur- und Landschaftszerstörung, die chemische Verseuchung und Entwertung von Böden, die Strahlen- und Lärmbelastung, der Lichtsmog und so weiter. Es lässt sich kein ökologisch relevantes Handlungs-feld benennen, in dem die Summe der bekann-ten und neuen Schäden nicht permanent neue Rekorde erzielt hätte. Das propagierte und be-quemste aller problemlösenden Regulative, näm-lich ein technischer Wandel der Versorgungssysteme, versprach ein auf ständiges Wachstum an-gewiesenes Wohlstandsmodell von ökologischer gewiesenes wonstandistilioten von Oktorgischet Zerstörung zu entkoppeln. Dieser Irrweg ist nun selbst dort gescheitert, wo akribisch versucht wird, wenigstens kleine Entlastungserfolge heraus-zurechnen, etwa bei der Energiewende. Techni-scher Umweltschutz war nie etwas anderes und kann nie etwas anderes sein als eine räumliche, stoffliche, zeitliche oder systemische Problem-verlagerung. It's the thermodynamics, stupid! Auch der zweite Hebel, nämlich eine kollektive

Auch der Zweite Hebel, namitien eine Kollektive Verständigung auf Rahmenbedingungen mit An-reiz-, Lenkungs- oder nötigenfalls Sanktionswir-kung – die aktuell durchs Dorf getriebene Sau heißt CO₂-Steuer- versagt vollends. Deren Befür-worter haben einen epochalen Wendepunkt über-sehen: Wenn nämlich die technische Entkopplung des Wohlstundes sutsemptisch miesjingt wessie. des Wohlstandes systematisch misslingt, verändern sich nicht einfach nur Ziele und Mittel einer dann noch adäquaten Nachhaltigkeitskonzeption, sondern mehr noch die Möglichkeiten einer demokratischen Regulierung des ökologischen Pro-blems. Genauer: Sie entfallen! Was die Energiewende politisch attraktiv wer-

den ließ, war das Versprechen, mittels technischer Innovationen lediglich die Umrandung, aber nicht das Innere des Wohlstandskorpus um zubauen. Liebgewonnener Konsum- und Mobilitätskomfort sollte weiter bestehen und wachsen dürfen, nur eben ersetzt durch grünere Substiudrien, nur eber erstelt durch grünere substi-tute mit serienmäßig eingebauter Gewissensbe-ruhigung, Kein Wunder, dass damit Wahlen zu ge-winnen waren. Nun ist diese grüne Seifenblase geplatzt. Das bedeutet, die einzig wirksame poli-tische Steuerung kann nur noch darin bestehen, den von der Bevölkerungsmehrheit zunehmend praktizierten ökologischen Vandalismus, sein Ko-sename lautet "individuelle Freiheit", radikal einzuschränken. Dumm nur, dass dafür demokratische Mehrheiten nötig wären. Im Klartext: Die Mehrheit müsste ihren eigenen Lebensstil ab-wählen, sich quasi um 180 Grad wenden, näm-lich plötzlich befürworten, was seit dem Zweiten Weltkrieg jede gesellschaftliche Modernisierung auszumerzen versucht hat: Genügsamkeit, Selbst-begrenzung, Entsagung. Also Suffizienz. Ein sol-ches politisches Wunder dürfte unwahrscheinlicher sein als eine Begegnung mit dem leibhafti-gen Osterhasen.

Dieses Dilemma kulminiert in einer Doppelmoral, die längst zum Normalzustand geronnen ist. Einerseits dröhnt ein unüberhörbarer Klimaschutz- und Nachhaltigkeitsfuror, andererseits wird mit Zähnen und Klauen eine digitale, kos-mopolitische und konsumorientierte Lebensform verteidigt, die ökologisch suizidaler nicht sein könnte. Um diese Widersprüchlichkeit zu verarbeiten, hat sich im Zusammenspiel zwischen gesellschaftlicher Mehrheit und Politikvertretern ein Zustand stabilisiert, der dem katholischen Ablasshandel ähnelt. Während sich die Lebens- und

Wirtschaftsform immer nachhaltigkeitsdefizitärer entwickelt, werden zugleich – wohlgemerkt ad-ditiv – grüne Produkte (vegane, ökologische Speisen, faire Smartphones, erneuerbarer Strom etc.), Technologien (Elektromobilität, Power-to-Gas etc.) und simulierte Nachhaltigkeitsbemühungen (Verbot von Plastikstrohhalmen, Gebot von PV-Anlagen auf Neubauten etc.) befördert, die bestenfalls an der Problemoberfläche kratzen. Oder sie ergießen sich in rituelle Forderungen, die abstrakt und unverbindlich genug sind, sodass sie einerseits nicht falsch sein können, aber andererseits ihre technische oder politische Realisierung in so unerreichbarer Ferne liegt (etwa eine CO,-neutrale

zeptable Gründe anführen. Aber genau das wäre dialogisch zu klären. Dies kann und darf nicht willkürlich erfolgen, sondern nach Maßgabe der Verhältnismäßigkeit. Hierzu bedarf es einer Un-terscheidung zwischen essenziellen Bedürfnissen und spätrömischer Dekadenz. Nichts könnte sozialpolitisch plausibler sein, als dort die dringend nötigen Reduktionen einzufordern, wo Handlungen galaxienweit von einer Befriedigung basaler Grundbedürfnisse entfernt sind. Es entspricht überdies jeder ökonomischen Logik, die knappeste aller Ressourcen, nämlich die Nutzung der Ökosphäre, zuvörderst dort einzusetzen, wo sie die eklatanteste Not lindert.

Gendikova

Wirtschaft), dass keine absehbaren Konsequenzen für die eigene Lebensführung zu befürchten sind.

Damit erfolgt eine rein symbolische Kompensation, die das "Weiter so" legitimiert, weil damit sowohl kognitive Dissonanzen therapiert werden können wie auch der Schein moralischer Korrektheit gewahrt bleiben kann. Dieser rasende Still-stand ebnet den Weg zum Abgrund. Er ließe sich nur mittels eines dritten Regulativs durchbre-chen, das angesichts des kläglichen Scheiterns aller Technik- und Institutionenklempnerei auf einer anderen, nämlich zwischenmenschlichen Ebene verortet sein müsste. Gemeint ist eine Mischung aus reaktivierter, aber demokratischer Streitkultur und einem Aufstand der konkret Han-delnden, die sich dem Steigerungswahn verwei-

Dieses soziale Regulativ gründet darauf, dass kein Menschenrecht auf ökologische Zerstörung bestehen kann – außer es lassen sich dafür ak-

Wer wollte ernsthaft eine würdige Unterkunft, Elektrizität, notwendigen Berufsverkehr, eine Konsumausstattung, die auch maßvoll über den reinen Grundbedarf hinausreichen kann, Zugang zu maximaler Gesundheitsversorgung und Bildung sowie einen ökologisch verantwortbaren Urlaub kritisieren? Aber umgekehrt ist noch nie-mand erfroren, verhungert oder erkrankt, wenn er/sie keine Kreuzfahrt, keine Flugreise, keinen SUV, keine maßlose Neuanschaffung an Elektro-nik und anderen Konsumgütern oder keine 100 Quadratmeter Wohnfläche pro Kopf etc. in Anspruch nehmen konnte.

Wenn nackte Gewalt gegen die menschliche Zivilisation gerichtet wird, und zwar ohne erkenn-bare Not, entspricht es aufgeklärtem und durchaus liberalem Bürgersinn, dies im Rahmen di-rekter Kommunikation zu thematisieren, um Rechtfertigungsdruck aufzubauen. Dafür bieten sich viele Orte an: Schulen, Universitäten, Familien/Lebensgemeinschaften. Freundeskreise. Nachbarschaften, Wirtshäuser, Sportvereine, Par-tys, Nachbarschaften, öffentliche Veranstaltungen und natürlich die Medien. Insoweit es absehbar um die Überlebensfähigkeit geht, sollte es un-ter aufgeklärten Verhältnissen nötig und möglich sein, menschliche Freiheiten mit der Frage zu konfrontieren, wie sie sich gemäß einer Verhältnismäßigkeit zwischen Notwendigkeit und

zerstörerischem Potenzial rechtfertigen lassen. Einen kritischen Dialog können glaubwürdig und wirksam nur Personen initiieren, die selbst eine verantwortbare Lebensführung praktizieren. Denn ein Analphabet kann einem anderen Analphabeten nicht lesen und schreiben beibringen phabeten nicht lesen und schreiben beibringen, und jede Kritik oder Forderung entpuppt sich als Scharlatanerie und Anmaßung, wenn sie schon im Selbstversuch desjenigen scheitert, der sie erhebt. Eine Neujustierung individueller Freiheit be-

deutet weder Ökodiktatur noch Öko-Stasi. Wenn der Planet erstens physisch begrenzt ist, zweitens industrieller Wohlstand nicht von ökologischen Schäden entkoppelt werden kann, drittens die irdischen Lebensgrundlagen dauerhaft erhalten bleiben sollen und viertens globale Gerechtigkeit herrschen soll, muss eine Obergrenze der von einem einzelnen Individuum in Anspruch genommenen materiellen Freiheit existieren. Diese kann sich nur an der Gesamtbilanz aller ökologischen Handlungsfolgen bemessen, die ein einzelnes Individuum verursacht. Längst bekannt ist, dass al-lein die Einhaltung des 2-Grad-Klimaschutzziels für Mitteleuropa bedeutet, dass die CO₂ Emissionen pro Kopf und Jahr von ca. 12 auf ca. 2 Tonnen zu senken wären. Genau daran wäre das soziale Regulativ zu orientieren, damit es nicht auf Willkür beruht. Wer weiter auf technologische oder politische

Erlösung vertraut, steuert auf eine unvermeidliche Eskalation zu. Wenn Verteilungskonflikte ent-brennen und für manche der Kampf um ein würdiges Dasein beginnt, wird sich niemand mehr für eine Demokratie einsetzen, die offenkundig am Minimum dessen gescheitert ist, was Huma-nität bedeutet: Überlebensfähigkeit. Wer also die Freiheit bewahren will, darf sie nicht im Übermaß beanspruchen, sondern muss sie vorsorglich und freiwillig begrenzen.
Die hierzu nötige Suffizienz erweitert aber auch

Handlungsfreiheiten, weil sie sich behindernder materieller sowie institutioneller Vorbedingun-gen entledigt. Ballast abzuwerfen, sich dem Steigerungswahn zu entziehen, verführerische Komfortangebote auch dann einfach links liegen zu lassen, wenn sie finanzierbar und legal sind, das Vorhandene als auskömmlich zu betrachten und gegen aufdringlichen Fortschritt zu verteidigen, gemeinsam mit anderen den Mut zum Unzeitgemäßen entwickeln – dies alles kostet nichts, be-darf keiner innovativen Erfindung, ist nicht von Mehrheiten abhängig, verstößt gegen kein Gesetz und benötigt vor allem keines. Ein friedlicher und fröhlicher Aufstand der sich Verweigernden – besser noch: ein maßvoller Wohlstands- und Technologieboykott – verbleibt als letzter Ausweg. Die Zeit der Ausreden ist vorbei.

Niko Paech

lehrt als außerplanmäßiger Professor an der Universität Siegen im Bereich Plurale Ökonomik. Er hat das Konzept der Postwachstumsökonomie geprägt.



Brexit

nachbarn Sascha per Google Translate zu kommunizieren, was sich schwierig gestaltet, weil das Te-lefon kein Kyrillisch kann oder denkt, es müsse aus dem Rumänischen ins Deutsche und nicht aus dem Deutschen ins Russische übersetzen.

Irgendwann kommt doch was bei Saschaan. Er liest etwas auf Davids Telefon und ist empört, aber nicht im Ernst, auch wenn ich mehrmals das Wort chui verstehe. Ein paar Sätze auf Deutsch kann Sa-scha: "Geh zur Hölle!" Was hat David denn Sascha geschrieben, will ich wissen. Der reicht mir das Te-lefon: "Du siehst wunderschön aus." Was für ein Spaß, so ein Bier auf der Bank vor dem Späti mit netten Menschen.
Nachdem ich ihm verraten habe, wo ich ar-

beite, sagt David, er lese, wenn er Muße habe, die

Frankfurter Allgemeine, die Süddeutsche und die Frankfurter Rundschau. Aber er interessiere sich kaum mehr für Innenpolitik, sondern für die amerikanische "Shit Show", die er über YouTube ver-

Ich selbst habe keine Lust mehr auf die "Shit Show", weil sich alles ständig wiederholt wie bei "Täglich grüßt das Murmeltier". Robert Mueller spricht bei einer Anhörung, okay, aber ein Impeachment liegt in weiter Ferne, so what?

Dann lieber checken, was der Verrückte so treibt, der eben noch der skurrile Bürgermeister von London war und seit dieser Woche, unbelie*vable, but true* in Downing Street No. 10 residiert.

Boris Johnson hat, vor seiner neuen Wohnung stehend, erklärt, was er vorhat: 20,000 Polizisten

will er einstellen und dafür sorgen, dass die Briten nicht mehr drei Wochen warten müssen, bevor sie einen Termin beim Hausarzt bekommen. Er verspricht "Upgrades" im Krankenhaussystem, whatever that means, und das baldige Ende der Krise in der Sozialfürsorge.

Das entscheidende Problem, um das sich die

Brexiteers seit zwei Jahren herumdrücken – die Grenze zwischen der Republik Irland und dem zum Vereinigten Königreich gehörenden Nord-irland – wischt der Blonde beiseite: Er sei über-zeugt, dass es einen Deal mit der EU ohne Grenzkontrollen in Irland geben könne.

Dass das wohl nicht funktionieren wird, wissen vermutlich auch seine Wähler. Aber wie spielende Kinder genießen sie ihre narzisstische Angstlust zu sehr: Wie weit kann ich gehen? Wie viele Steine kann ich auftürmen, bevor die Konstruktion zusammenbricht? Noch einen? Oh, schade, jetzt ist alles kaputt! Hat aber Spaß gemacht.

Wenn es dumm für sie geht, befördert die Stur-heit der Brexiteers die irische Wiedervereinigung. Dann wird Europa feiern. Aber Johnson meint, Leute wie ich, die doubters, doomsters and glooms-ters, also die Zweifler, Skeptiker und Schwarz-maler, würden einmal mehr unrecht behalten.

Schauen wir mal.

Am Biertisch vor dem Späti versucht jetzt Sascha, per Telefonübersetzung David etwas mitzuteilen: "Bin ganz normal informiert." Den Satz werde ich mir merken.

Nächste Woche Ebru Tasdemir

